



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Medikamente: Wir müssen unabhängig werden... von den Kapitalisten

Erst im Winter sind Eltern verzweifelt von einer Apotheke zur nächsten gefahren, weil es für ihre Kinder kaum noch Medikamente gegen Fieber und Husten gab. Nun gehen immer mehr wichtige Antibiotika für Kinder aus.

Von Jahr zu Jahr wird der Mangel bei Medikamenten schlimmer. Es fehlen Chemotherapien, Blutdrucksenker, Insulin-Präparate... Im letzten Jahr waren bereits 564 dieser lebenswichtigen Medikamente wochen-, oft sogar monatelang nicht zu bekommen – doppelt so viele wie vor vier Jahren.

Nicht nur in Deutschland. Weltweit breitet sich dieser Medikamenten-Mangel aus, obwohl die technischen Produktionsmöglichkeiten nie besser waren. Und warum? Weil die Pharmakonzerne, um „Kosten zu sparen“, fast alle Lager abgeschafft haben und die Herstellung eines Medikaments auf oft nur noch eine oder zwei Fabriken weltweit konzentriert haben. Die können die weltweite Nachfrage gerade so abdecken... wenn sie 365 Tage im Jahr durchproduzieren. Daher reicht mittlerweile eine einzige größere Störung in einer Fabrik oder der Lieferkette und schon fehlen Medikamente, oft monatelang.

Die Jagd der Pharmakonzerne nach immer mehr Profit ist also die Ursache dafür, dass uns heute immer häufiger wichtige Medikamente fehlen!

Für die Mehrheit der Weltbevölkerung ist dies alltäglich geworden. Für viele Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika, die keine Krankenversicherung und wenig Geld haben, produziert die Pharmaindustrie nämlich gar keine Medikamente, weil es sich „nicht lohnt“. Sie können an einer einfachen Infektion oder Bluthochdruck sterben – weil in der Logik des Kapitalismus nur das produziert wird, was genug Gewinn einbringt. Doch mittlerweile haben sie in ihrer Profitgier so viel bei Produktion und Lieferketten eingespart, dass sie nicht mal mehr die Medikamente in ausreichender Menge hergestellt bekommen, die sie problemlos verkaufen könnten.

Und was macht die Regierung? Zwingt sie die Konzerne mehr Medikamente zu produzieren oder nimmt die Produktion selbst in die Hand? Nein, sie versucht uns zu erzählen, dass das Problem nur darin bestehe, dass „zu viel“ in Indien und China produziert werde, dass Europa „unabhängig“ bei der Medikamentenherstellung werden müsse – und bietet den Pharmakonzernen Unsummen öffentlicher Gelder, wenn sie einzelne Produktionen nach Europa verlagern.

Mal abgesehen davon, dass es keine „Unabhängigkeit“ geben kann, weil für die Medikamente Rohstoffe und Produkte von mehreren Kontinenten notwendig sind: Was sollte dadurch besser werden? Der Sanofi-Konzern zum Beispiel stellt seine Insulinpräparate in Frankfurt her. Trotzdem sind sie hier derzeit ein halbes Jahr lang nicht zu bekommen – wegen einer größeren Anlagen-Störung. Denn nur, weil eine Anlage in Deutschland steht, sind wir ja nicht „unabhängig“ von deren Störungen.

Das Problem ist nicht, wo produziert wird, sondern dass jedes Medikament aus Profitgründen insgesamt in zu wenig Fabriken – oft nur in ein oder zwei – und ohne Lager produziert wird.

Und überhaupt, wenn der Standort einer Fabrik eine so große Rolle spielen würde, müsste die Bevölkerung in Indien dann nicht bestens mit Medikamenten versorgt sein? Doch genau das Gegenteil ist der Fall! Selbst die von AstraZeneca in Indien produzierten Corona-Impfstoffe bekam die Bevölkerung in Indien anfangs nicht, obwohl die Pandemie dort grausam wütete. Stattdessen gingen die Impfstoffe zuerst nach Europa und in die USA... weil dort am meisten dafür bezahlt wurde.

All unsere Politiker, die so viel über die angebliche „Abhängigkeit“ von Indien oder China faseln, fanden das übrigens nicht empörend. Dass die Bevölkerung der ärmeren Länder abhängig ist und sich den Entscheidungen der reichsten Staaten und Konzerne beugen muss, finden sie völlig in Ordnung.

Die Pharmakonzerne liefern grundsätzlich an den, der ihnen am meisten bezahlt. Und so schaffen es diese parasitären Konzerne, aus dem Mangel noch Gewinn zu schlagen. Sie organisieren mittlerweile einen regelrechten Wettkampf, welcher Staat ihnen für die knapp gewordenen Medikamente am meisten bietet.

Die deutsche Regierung macht auch prompt dabei mit und bietet ihnen... bis zu 50% höhere Preise an! Was nichts anderes bedeutet, als dass unsere Krankenkassen noch mehr geplündert werden, noch weniger Geld für Behandlungen und Therapien da ist – weil noch mehr Geld im Rachen der Pharmaindustrie verschwindet, die heute schon zu den Branchen mit der höchsten Profitmarge zählt.

„Wir“ – die arbeitende Bevölkerung – sind weltweit abhängig von den profitgierigen, parasitären Pharmakonzernen, von denen die größten übrigens fast alle aus den USA und Europa kommen. Und diese Abhängigkeit ist das Problem.

Dass die Politiker stattdessen von einer notwendigen „Unabhängigkeit“ von Asien faseln, ist nicht nur ein billiges Ablenkungsmanöver. Sie versuchen die Empörung über die fehlenden Medikamente auszunutzen für ihre gefährliche Stimmungsmache, die uns auf größere Konflikte – auch militärische – insbesondere mit China einstimmen soll. Lassen wir uns da nicht reinziehen! Die wahren Fronten verlaufen nicht zwischen den Ländern, sondern zwischen den Arbeitenden und den Konzernen – weltweit.

Erst wenn die arbeitende Bevölkerung die Konzerne vergesellschaftet hat und selber die Kontrolle über sie übernimmt, wenn nicht mehr eine Handvoll Kapitalisten und ihre Profitlogik entscheiden, sondern die Interessen der Allgemeinheit – dann ist der Weg frei, um weltweit ausreichend Werke zu bauen und so der gesamten Menschheit den Zugang zu allen wichtigen Medikamenten und allen Errungenschaften der modernen Medizin zu eröffnen.

Türkei: Die Wahl alleine wird die Lage nicht verändern

Am 14. Mai finden in der Türkei die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Seit Wochen sind Erdogan und sein Gegenkandidat Kilicdaroglu in den Umfragen gleich stark. Zum ersten Mal seit vielen Jahren ist es nicht sicher, dass Erdogan wiedergewählt wird.

Lange hatte er noch von der Erinnerung an die ersten Jahre seiner Präsidentschaft zehren können, die eine Zeit des Wirtschaftsaufschwungs waren, in der Löhne und Renten stiegen und auch der Staat mehr Geld für den Bau von Krankenhäusern oder Straßen ausgeben konnte. Doch das ist lange vorbei.

Die wirtschaftliche Lage ist katastrophal für die Arbeiterklasse und die Mittelschichten. Seit 2018 wird die Inflation immer schlimmer. Jedes Jahr werden die lebenswichtigen Waren um 50-200% teurer! Viele Familien müssen zum Beispiel schon rechnen, wie viele Zwiebeln sie sich leisten können. Rechnungen und Schulden treiben viele in die Verzweiflung. Und die einzige Antwort der Regierung ist immer mehr Einschüchterung und Unterdrückung.

Dazu noch das fürchterliche Erdbeben, das die mörderischen Folgen der Profitgier der Bauunternehmer und der Korruption der staatlichen Behörden und die Verachtung des Regimes für das menschliche Leben offenbarte! Erdogan kann nur darauf setzen, dass viele Betroffene nicht die Möglichkeit haben werden zu wählen.

Um trotzdem wiedergewählt zu werden, ist Erdogan jedes Mittel recht. Er versucht die Religionszugehörigkeiten gegeneinander auszuspielen (sein Gegenkandidat gehört der religiösen Minderheit der Aleviten an). Er verstärkt die Einschüchterung und den Terror gegen seine politischen Gegner, insbesondere in den kurdischen Gebieten. Und abseits der offiziellen Reden lässt man die Drohung verbreiten, dass es Bürgerkrieg geben könnte, sollten Erdogan und die AKP verlieren.

All das soll das Gefühl verstärken, dass es eine „Schicksalswahl“ ist, von der abhängt, wie es in der Türkei weitergeht. Doch damit sich in der Türkei wirklich etwas ändert, wird die arbeitende Bevölkerung sich nicht auf die Wahlen verlassen können – auch nicht auf den

Gegenkandidaten Kilicdaroglu, der Erdogan ablösen könnte.

Kilicdaroglu ist der Kandidat eines Bündnisses aus mehreren Parteien. Neben seiner Partei, der nationalistischen CHP, gehören ihm fünf kleinere, rechte Parteien an. Darunter eine islamistische Partei, zwei Abspaltungen von Erdogans Partei AKP (deren Vorsitzende jahrelang Mitstreiter und teilweise Minister von Erdogan waren) und eine Abspaltung der rechtsextremen MHP, hier als Graue Wölfe bekannt. Und nun soll die Bevölkerung darauf vertrauen, dass gerade sie die Rechtsentwicklung und Unterdrückung beenden?

rasant wachsende Armut hat die Bevölkerung nichts vom ihm zu erwarten.

Das ist die „Wahl“, vor der die Bevölkerung in der Türkei am 14. Mai steht – umso mehr, da alle linken Parteien, insbesondere die größere kurdische HDP, zugunsten von Kilicdaroglu auf einen eigenen Kandidaten verzichtet haben.

Damit sich für die arbeitende Bevölkerung irgendetwas zum Besseren wendet, wird sie (genau wie wir hier) kämpfen müssen. Auch nach der Wahl hat sie die Mittel dazu – sogar viel mächtigere als ein Stimmzettel: den Kampf in den Betrieben, den Streik.



März 2023: Arbeiter*innen im Großraum Istanbul streiken für mehr Lohn

Man braucht nur zu hören, wie Kilicdaroglu im Wahlkampf gegen die Schwächsten und Ärmsten, gegen die Flüchtlinge hetzt. Er erklärt, er werde alle syrischen Flüchtlinge aus dem Land vertreiben und behauptet, dadurch das Leben in der Türkei besser und sicherer zu machen.

Hingegen kommt von ihm kein Wort der Kritik an den Kapitalisten, die die Inflation nutzen, um die Löhne zu drücken und sich zu bereichern – und auch kein Wort der Kritik an den internationalen Banken, die die Bevölkerung mit ihren Krediten und hohen Zinsen aussaugen. In dem so dringenden Kampf gegen die

Die Arbeiterklasse in der Türkei verfügt über eine lange Tradition von Arbeiterkämpfen. Mehr als einmal hat sie damit autoritären Kapitalisten und Regierungen einen Schrecken eingejagt.

Die Wochen des Wahlkampfes haben deutlich gemacht, wie viele die wachsende Armut und Unterdrückung nicht mehr ertragen wollen. Viele, die lange geschwiegen haben, haben geredet.

Und egal wie die Wahl letztlich ausgeht: Dies kann dazu beitragen, dass Arbeiter*innen wieder den Kopf erheben und den Kampf aufnehmen – und der Beginn wirklicher Veränderung sein.

Rente: Wer wenig hat, bekommt nichts?

Im letzten Jahr ist in Deutschland die Zahl der Rentner*innen, die so arm sind, dass sie Grundsicherung beantragen mussten, massiv gestiegen: um ganze 12%!

Und gerade sie bekommen jetzt nicht einmal eine Renten-Erhöhung. Denn die paar Euro, die die Renten im Sommer steigen werden (im Schnitt 35 Euro für Frauen und 70 Euro für Männer) – die werden ihnen bei der Grundsicherung wieder abgezogen.

Gegen diese Armutsspirale gibt es nur ein wirksames Mittel: Alle Renten, ebenso wie alle Löhne und Sozialleistungen wie die Grundsicherung müssen jeden Monat genauso viel erhöht werden wie die Preise.

Bomben: vor 80 Jahren... und bis heute

In Essen sind durch die Sprengung einer 125kg-Bombe aus dem 2. Weltkrieg ein Dutzend Wohnungen im Stadtteil Bergerhausen massiv beschädigt und unbewohnbar geworden. Zum Glück waren alle Anwohner vorher evakuiert worden.

Es handelt sich um eine der vielen Bomben aus dem 2. Weltkrieg, die noch immer unter der Erde liegen. Sie sind eine tickende Zeitbombe. Denn je mehr Zeit vergeht, desto größer ist die Gefahr, dass der Zünder durch chemische Korrosionsprozesse ausgelöst wird und die Bomben hochgehen. Sobald eine Bombe entdeckt wird, muss sie daher sofort entschärft oder (falls das nicht möglich ist) gezielt gesprengt werden.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen hat die Sprengung diesmal mehrere Häuser stark beschädigt. 20 Menschen stehen ohne Sachen da und wissen nicht, ob sie jemals in die Wohnungen zurückkönnen. Tagelang hatten weitere Häuser weder Wasser noch Heizung. Und das waren nur die Schäden einer einzigen geschützten Sprengung. Wie muss es im Krieg gewesen sein, als jede Nacht dutzende solcher Bomben explodierten!

Die Bomben der Vergangenheit geben uns eine winzige Vorstellung von dem, welche tödliche und zerstörerische Macht hinter all den Waffen stecken, von denen alle Großmächte heute immer mehr anschaffen, um sich... auf die nächsten größeren Kriege vorzubereiten. Lassen wir das nicht zu. Die Bomben von gestern und heute sind genug!

Sudan: Ein blutiger Machtkampf – gefördert von den USA und der EU

Im Sudan ist ein blutiger Machtkampf zwischen zwei Generälen ausgebrochen. Seitdem lebt die Zivilbevölkerung in der Hölle. Bomben und Kugelhagel terrorisieren und töten sie. Sie können kaum aus dem Haus gehen, um sich etwas zu essen zu besorgen, haben keinen Strom und kein Wasser mehr. Wer irgendwie kann, versucht zu fliehen.

Auf der einen Seite in diesem Machtkampf steht der derzeitige Präsident und Oberbefehlshaber der offiziellen Armee, al-Burhan.

Auf der anderen Seite steht der stellvertretende Präsident Daglo, der die „Rapid Support Forces“ (RSF) befehligt – eine paramilitärische Truppe, berüchtigt für ihr blutrünstiges Vorgehen im Südsudan.

Armee und RSF waren schon immer erbitterte Rivalen. Nicht zuletzt, weil jede von ihnen einen Teil der Wirtschaft kontrolliert. Die reguläre Armee hat die Industrie- und Handelsunternehmen in ihrer Hand, die RSF den wichtigsten Rohstoff des Sudans: Gold. Der derzeitige politische Machtkampf ist auch ein Kampf um diese Quellen des Reichtums. Dennoch waren diese Erz-Rivalen in den letzten Jahren vereint... gegen die Bevölkerung, die 2019 in einer mutigen Revolte den langjährigen Diktator gestürzt und



auch anschließend weiter für eine demokratische Regierung und Maßnahmen gegen Armut und Hunger gekämpft hatte. Armee-Generäle und RSF bildeten eine gemeinsame Regierung, um diese Revolte zu beenden, was ihnen jedoch nie vollständig gelungen ist.

Die Regierungen der USA und der EU hingegen, die nun erschrocken tun und Krokodilstränen über den Bürgerkrieg vergießen, haben beiden Seiten selber die Waffen und das Geld für das heutige Massaker geliefert.

Die USA haben die sudanesischen Armee über Ägypten mit Kampfflugzeugen und anderem Kriegsgerät ausgestattet, um mit ihr einen verlässlichen Verbündeten

Ikea: Arbeitest du noch oder streikst du schon?

Bei Ikea haben vor zwei Wochen doppelt so viele gestreikt wie die letzten Jahre. Viele haben langsam die Nase voll. Es wird immer mehr Personal eingespart – während die Arbeit durch zusätzliche Online-Angebote immer mehr wird: ob mit „Click & Collect“ oder der Online-Planung von Küchen oder Schlafzimmern. All das soll „mal eben“ zusätzlich zur normalen Arbeit gemacht werden. Aus den Abteilungen, die nicht so viel Geld einbringen, wird das Personal am extremsten abgezogen. In der Markthalle ist man zum Teil auf Spätschicht alleine, das heißt auf 3.000 m² allein Paletten mit Waren einräumen, Kundenfragen beantworten und aufräumen!

Hinzu kommen viele kleine verachtende Sparmaßnahmen – alle mit dem Argument, „man“ müsse den Verlust der Filialen in Russland und die Krise ausgleichen. „Man“ sind natürlich nicht die Konzernbesitzer mit ihren Milliardengewinnen, die Beschäftigten. Die Kirsche auf der Torte war dann die plötzliche Ankündigung, den jährlichen Bonus abzuschaffen, den viele für ihre Strom-Nachzahlung oder Urlaub eingeplant hatten... während die hohen Führungskräfte einen saftigen Bonus bekommen.

Als nun die Gewerkschaft zu einem eher „Routine“-Warnstreik für einen Tarifvertrag Digitalisierung aufrief, haben viele die Gelegenheit ergriffen, um zum ersten – aber sicher nicht zum letzten Mal – mit einem Streik ihre Wut auszudrücken.

in dieser rohstoffreichen Region zu haben. Die RSF ihrerseits rüsteten sie über Saudi-Arabien auf, damit diese an ihrer Seite Krieg im Jemen führt.

Die EU war nicht besser. Sie hat der sudanesischen Armee viel Geld dafür gezahlt, dass diese an Horn von Afrika die Flüchtlinge vor allem aus Eritrea mit Waffengewalt davon abhält, nach Europa zu gelangen. Die RSF hingegen

hat sie dafür bezahlt, dass sie die Flüchtlinge an der sudanesischen Grenze zu Libyen aufhält – mit denselben blutrünstigen Terrormethoden wie einst im Südsudan. Nun ist es die Bevölkerung im Sudan selber, die in die Flucht getrieben wird.

Einmal mehr haben so die imperialistischen Großmächte, die einzig ihre Interessen in der Region sichern wollen, einen Konflikt verstärkt, der nun die ganze Region zu destabilisieren droht.

Von ihnen ist keine Hilfe zu erwarten. Die arbeitende Bevölkerung des Sudans kann nur auf ihre eigene Kraft setzen, um diese kriminellen Generäle zu vertreiben – so wie sie es 2019 mit dem mächtigen Diktator gemacht hat.

Inflation: Alles wird gut?

Die Regierung und ihre sogenannten „Wirtschaftsexperten“ verkünden seit einigen Wochen ganz freudig, dass die Inflation offiziell gesunken sei, auf „nur“ noch 7,3%. In Wahrheit nämlich hat die Regierung nur... die Berechnung der Inflation geändert.

Im sogenannten „Warenkorb“, dessen Preise als Grundlage für die Berechnung der Inflation dienen, wurden die Ausgaben für Miete, Heizung und Strom bislang mit 10% einberechnet. Selbst das ist schon viel zu wenig. Die meisten von uns müssen schließlich nicht 10%, sondern zwischen 25 und 50% ihres Lohns oder ihrer Rente hierfür ausgeben.

Jetzt aber hat die Regierung den Anteil von Miete, Heizung und Strom im Warenkorb sogar noch einmal gesenkt, auf nur noch 7,5%. Und Simsalabim, schon ist die Inflation natürlich offiziell gesunken. Und die Politiker können uns erzählen, dass doch alles besser würde und wir abwarten könnten, die Probleme würden sich schon regeln.

Doch wir Arbeitenden brauchen nur unsere Nebenkosten, Rechnungen und Kassenzettel vom Supermarkt anzugucken, um die wahre Inflation zu berechnen.

Die Streiks erst im Öffentlichen Dienst und nun bei der Bahn oder im Einzelhandel für 400-650 Euro mehr Lohn im Monat sind das Ergebnis unserer Rechnung – und der Erkenntnis, dass wir uns „abwarten“ nicht leisten können.



„Industriestrompreis“:

Wir sollen den Strom der Konzerne zahlen

Wie es die Konzerne so gerne machen, wenn sie mal wieder Geld von uns erpressen wollen, drohen viele Industrie-Konzerne gerade, sie würden Teile der Produktion ins Ausland verlagern... wenn sie nicht einen billigeren Strompreis bekommen würden.

Natürlich verlangen sie nicht, dass RWE oder Eon ihre Preise senken, sondern dass der Staat ihnen den Großteil des Strompreises zahlt – und sie nur noch 6 Cent pro Kilowattstunde. Und immer mehr Regierungspolitiker finden plötzlich, das sei doch eine „gute Idee“.

Die Bosse der Industrie- und der Stromkonzerne würden damit erneut dutzende Milliarden Euro aus den öffentlichen Kassen (also von uns) geschenkt bekommen - während wir gleichzeitig für denselben Strom bis zu 40 Cent pro Kilowattstunde zahlen.

Privatjets: die Dekadenz der herrschenden Klasse

Die Multi-Millionäre in Deutschland sind im letzten Jahr 58.000 mal mit ihren Privatjets durch die Gegend geflogen, 76% häufiger als noch ein Jahr zuvor – und oft nur wenige hundert Kilometer. Besonders beliebt ist, mit dem Privat-Flugzeug von Berlin nach Köln oder von Hamburg nach Sylt zu fliegen: Strecken, auf denen jede Stunde ein ICE fährt! Doch das ist für diese Reichen unzumutbar. Da verpulvern sie lieber für einen Privatflug jede Menge Geld – und obendrein gigantische Mengen CO₂.

Nur um ein Gefühl zu bekommen: Diese sinnlosen Privatflüge aller Reichen in Europa haben letztes Jahr knapp 3,4 Millionen Tonnen CO₂ verursacht – so viel, wie eine halbe Million EU-Einwohner in der gleichen Zeit zusammen verursachen! Und während die Reichen vergnügt durch Europa jetten, werden in Afrika ganze Regionen durch die Klimakatastrophe unbewohnbar.

Diese Reichen sind die herrschende Klasse. Sie sind diejenigen, die die großen Unternehmen und Vermögen besitzen und über sie entscheiden: Eine Klasse, die für ihre Dekadenz sorglos die Menschheit und die Natur in den Abgrund treibt und der man das Steuer aus der Hand nehmen muss.

Kitaplätze: Wer arm ist, geht oft leer aus

Ärmere Familien bekommen fast doppelt so häufig keinen Kita-Platz für ihr unter dreijähriges Kind als gutverdienende Mittelschichts-Familien.

Sie werden systematisch benachteiligt, weil hier viel häufiger nicht beide Elternteile einen unbefristeten Vollzeit-Arbeitsvertrag vorweisen können. Und weil sich Arzt- oder Richterfamilien mehr Gehör verschaffen können, notfalls über einen Anwalt.

Noch schwieriger ist es für Migrant*innen. 80% der Eltern, die nach Deutschland eingewandert sind, bekommen für ihre Kleinen keinen Kita-Platz! Weil sie noch häufiger von unsicheren Jobs betroffen sind und sich im bürokratischen Dschungel (sprachlich) noch weniger durchsetzen können.

Mit dem Ergebnis, dass gerade in den ärmeren und Migranten-Familien (meist) die Frauen gezwungen sind zuhause zu bleiben... und sich dann noch anhören dürfen, dass sie angeblich „nicht arbeiten wollen“.

RWE: Verkehrte Welt

Vor einigen Wochen hat die Polizei für den RWE-Konzern das Gelände für den Braunkohletagebau bei Lützerath geräumt. Und nun zahlt die Polizei RWE auch noch 143.000 Euro dafür.

RWE bekommt zum Beispiel Geld dafür, dass der Polizei ein Gelände zur Verfügung gestellt wurde und bestimmte Fahrzeuge, um die Demonstranten vom RWE-Gelände zu räumen.

Unsereins bekommt teilweise noch die Rechnung für den Krankenwagen geschickt, wenn wir Hilfe in Anspruch nehmen. Doch die Polizei arbeitet für den RWE-Konzern und bezahlt RWE auch noch dafür.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!